

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Wolfgang Seidl (FPÖ) und Anton Mahdalik (FPÖ) zu Post Nr. 23 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 22.04.2024.

Obergrenzen bei Selbstbehalten im Gesundheitswesen

Die finanzielle Belastung durch Gesundheitsausgaben nimmt stetig zu. Bei 3,6 Prozent der Haushalte (2009/10: 2,1 Prozent) fressen die Gesundheitsausgaben 40 Prozent und mehr des gesamten Einkommens auf. Für 2,8 Prozent der Haushalte (2009/10: 1,4 Prozent) bedeuten die Ausgaben ein Abrutschen unter die Armutgefährdungsschwelle oder eine weitere Verschärfung der Armut.

Das sind erste Zwischenergebnisse einer regelmäßig wiederkehrenden Untersuchung, die das Institut für Höhere Studien (IHS) für den Europa-Teil eines WHO-Vergleichs durchführt. Demnach sind vorwiegend zwei Faktoren ausschlaggebend, dass sich ein steigender Anteil der Bevölkerung mit Gesundheitsausgaben (sehr) schwer tut. Erstens die Alterung: je älter, umso seltener im Erwerbsleben, aber umso öfter auf medizinische Hilfe, Medizinprodukte und Heilbehelfe angewiesen. Zweitens der technische Fortschritt: Heute ist in Diagnostik sowie Therapie, aber auch bei Heilbehelfen viel mehr möglich als noch vor wenigen Jahren – das hat aber auch seinen Preis. Eine gewisse Rolle gespielt habe aber auch die Flüchtlingskrise der Jahre 2015/16, da „Migranten einen medizinischen Aufholbedarf haben“.

Es ist auch keine Überraschung, dass sich der Anteil der Haushalte, für die Gesundheitskosten kaum zu stemmen sind, gegenüber früheren Untersuchungen vergrößert hat. Bei der nächsten Untersuchung wird der Anteil noch größer sein. Daher ist es notwendig, dass die Politik endlich tätig wird und dieser Entwicklung entgegentritt. Da sich deutlich zeige, wie gut die Obergrenze bei der Rezeptgebühr vor überproportionalen Belastungen schütze, sollte überlegt werden, einen derartigen einkommensabhängigen Deckel bei allen Selbstbehalten im Gesundheitswesen einzuführen – vom Rollstuhl bis zu Inkontinenzprodukten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für [Obergrenzen bei Selbstbehalten im Gesundheitswesen](#) aus und fordert den Bundesminister für „Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz“ und den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ auf, in ihrem Wirkungsbereich einen derartigen einkommensabhängigen Deckel bei allen Selbstbehalten im Gesundheitswesen einzuführen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

